



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

104. Sitzung (öffentlich)

25. Mai 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:30 Uhr bis 18:05 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Investitionskostenförderung von Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen | 7 |
| | Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3936 | |
| | Ministerin Steffens (MGEPA) beantwortet Fragen aus dem Ausschuss. | |
|
 | | |
| 2 | Bericht über „Betrug in der Pflege“ | 12 |
| | Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3915 | |
| | Ministerin Steffens (MGEPA) beantwortet Fragen aus dem Ausschuss. | |

3 Bericht über die Situation der grenzüberschreitenden Rettungsdienste 14

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3934

Ministerin Steffens beantwortet eine Frage des Abgeordneten Peter Preuß (CDU).

4 Notruf für den Notfallsanitäter: Die Landesregierung muss Mitarbeitenden im Rettungsdienst und in den Kommunen den Rücken stärken! 15

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11699

Die CDU-Fraktion beantragt hierzu die Durchführung einer Anhörung.

5 Korrekturen bei der Umsetzung des Mindestlohns umgehend auf den Weg bringen: Bürokratie abbauen – flexible Arbeitszeitmodelle erhalten – Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen sichern 16

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8457

In Verbindung mit:

Gesetzlicher Mindestlohn ist gut für die Beschäftigten und die Gesellschaft – Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigung weiter eingrenzen

Antrag
der Fraktionen der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11425

Ausschussprotokoll 16/1252

Kurze Diskussion. – Die Anträge sollen in der nächsten Sitzung des Ausschusses zur Abstimmung aufgerufen werden.

**6 Wirtschaft in der Ausbildung unterstützen statt immer mehr belasten –
Keine Ausbildungsabgabe und keine Quote für abgeschlossene
Lehrverträge! 18**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7780

Ausschussprotokoll 16/1253

Kurze Diskussion. – Der Ausschuss will in seiner nächsten
Sitzung über diesen Antrag abstimmen.

7 Ehrenamt ist ein wichtiger Wegbegleiter in eine inklusive Gesellschaft 20

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8118

Ausschussprotokoll 16/1159

Kurze Diskussion. – Über den Antrag soll in der nächsten
Sitzung abgestimmt werden.

8 Bericht über mögliche Betrugsfälle im SGB II bei Unternehmen 22

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3939

Staatssekretär Dr. Schäffer (MAIS) ergänzt den schriftlichen
Bericht mündlich.

**9 Arbeitsbedingungen in der Gastronomie – Gemeinsame Über-
wachungsaktion der nordrhein-westfälischen Arbeitsschutzverwal-
tung und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit 24**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3931

Staatssekretär Dr. Schäffer (MAIS) trägt vor und beantwortet
Fragen aus dem Ausschuss.

10 Öffentlich geförderte Beschäftigung NRW – Ergebnisse der Evaluation **30**Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3935

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

11 Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und die Angelegenheiten der Berufsbildung im Rahmen der Handwerksordnung (HwO) sowie die Zuständigkeiten nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) **31**Entwurf der Landesregierung
Vorlage 16/3920

Der Ausschuss wird angehört und erhebt keine Einwendungen zum Verordnungsentwurf.

12 Hohe Krankenstände in der Landesverwaltung durch Einführung eines pro-aktiven behördlichen Gesundheitsmanagements senken **32**Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8981

Ausschussprotokoll 16/1191

Der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales verzichtet auf die Abgabe eines Votums an den federführenden Innenausschuss.

13 Abschied von der Arbeitsgesellschaft: Im Informationszeitalter brauchen wir eine Volksabstimmung über das Bedingungslose Grundeinkommen **33**Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11692

Nach kurzer Diskussion hält der Vorsitzende fest, dass sich der mitberatende AGS-Ausschuss an dem vom federführenden Hauptausschuss geplanten Sachverständigengespräch nachrichtlich beteiligen werde.

14	Verschiedenes	34
	a) Hinweis auf eine Broschüre	34
	b) Sitzungstermine	34
	c) Diskussion über das von der CDU-Fraktion beim Inklusionsstärkungsgesetz eingeschlagene Verfahren	34

* * *

14 Verschiedenes

a) Hinweis auf eine Broschüre

Zum Thema „Alkohol in der Schwangerschaft“ liege eine Broschüre vor, so **Vorsitzender Günter Garbrecht**.

b) Sitzungstermine

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, die nächsten Sitzungen des AGS-Ausschusses fänden am Montag, dem 1. Juni 2016, statt: um 10 Uhr und um 13 Uhr jeweils eine Anhörung, um 15:30 Uhr eine ordentliche Ausschusssitzung. Die ursprünglich für diesen Tag geplante gemeinsame Sitzung mit dem Integrationsausschuss entfalle.

c) Diskussion über das von der CDU-Fraktion beim Inklusionsstärkungsgesetz eingeschlagene Verfahren

Vorsitzender Günter Garbrecht kommt auf einen Brief der regierungstragenden Fraktionen an ihn zu sprechen, in dem er darum gebeten werde, in die Ausschussberatung zum Inklusionsstärkungsgesetz auch etwaige Änderungsanträge einzubeziehen. Das Vorgehen der CDU-Fraktion, ihre Änderungsanträge im fachlich zuständigen Ausschuss nicht beraten zu lassen, sondern direkt ins Plenum einzubringen, stimme ihn als Ausschussvorsitzenden sehr befremdlich. Die CDU-Fraktion begründe ihr Vorgehen ausweislich der Presseerklärung des Kollegen Preuß damit, dass der AGS-Ausschuss über das Inklusionsstärkungsgesetz überhaupt nicht beraten werde. Tatsächlich werde die Beratung zum Inklusionsstärkungsgesetz aber auf die Tagesordnung der Sitzung des AGS-Ausschusses am 1. Juni genommen. Damit lasse sich das Plenum am 8. Juni erreichen. Bis zum 1. Juni bestehe für die CDU-Fraktion also noch die Möglichkeit, ihre Auffassung hierzu zu ändern. Nach Rücksprache mit der Landtagsverwaltung gebe es am Vorgehen der CDU-Fraktion rechtlich nichts zu beanstanden. Er erinnere aber daran, so Garbrecht, dass der ehemalige CDU-Minister Karl-Josef Laumann die Behindertenpolitik immer als Königin der Sozialpolitik bezeichnet und in dem Zusammenhang für einvernehmliches Vorgehen plädiert habe. Das sei hier nicht der Fall.

Peter Preuß (CDU) erklärt, ursprünglich hätte das Inklusionsstärkungsgesetz bereits im vergangenen Plenum beraten werden sollen. Insofern habe die CDU-Fraktion ihre Änderungsanträge direkt zum letzten Plenum eingereicht. Dort hätte auch tatsächlich darüber diskutiert werden sollen. Dann sei der Punkt „Inklusionsstärkungsgesetz jedoch überraschenderweise“ von der Plenartagesordnung genommen worden.

Als Mitglied des Ältestenrates wisse er, so **Vorsitzender Günter Garbrecht**, dass der Ältestenrat in keiner seiner Sitzungen einen Tagesordnungspunkt „Inklusionsstärkungsgesetz“ von einem ihm vorliegenden Tagesordnungsentwurf gestrichen habe. Dies sei jederzeit nachprüfbar. Von der Tagesordnung abgesetzt habe der Ältestenrat in seiner letzten Sitzung den Punkt „Verordnung“, der allerdings ohne Debatte vorgeesehen gewesen sei.

Er habe zudem in mehreren Obleuterunden angekündigt, so der Vorsitzende weiter, dass das Inklusionsstärkungsgesetz vom Plenum auf jeden Fall noch vor dem 30. Juni 2016, also vor der Sommerpause, verabschiedet werden müsse, da das Parlament ansonsten über die Verlängerung der entsprechenden Verordnung zu entscheiden hätte. Damit sei klar gewesen, dass zumindest die inhaltlichen Fragen im AGS-Ausschuss aufgerufen würden. Insofern verwundere die Presseerklärung von Herrn Preuß hierzu sehr. Vielleicht sei er in dieser Frage aber auch einer Fehlinformation aufgesessen.

Im Interesse der Zusammenarbeit im AGS-Ausschuss bitte er die CDU-Fraktion eindringlich darum, so der Vorsitzende, noch einmal zu überprüfen, ob sie ihre Änderungsanträge zum Inklusionsstärkungsgesetz nicht auch in die Ausschussberatung am 1. Juni einbringen wolle.

Die Möglichkeit zur inhaltlichen Befassung mit den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion bestehe am 1. Juni in der Tat, pflichtet **Josef Neumann (SPD)** dem Vorsitzenden bei. Man sei schon in vielen Punkten der Behindertenpolitik gemeinsam vorgegangen, zuletzt im Zusammenhang mit dem Bundesteilhabegesetz, wozu sich Nordrhein-Westfalen gegenüber Berlin positioniert habe. Jetzt gebe es mit dem Inklusionsstärkungsgesetz wieder eine Chance zum gemeinsamen Vorgehen. Diese sollte im Interesse der betroffenen Menschen genutzt werden.

Man werde das prüfen, so **Peter Preuß (CDU)**. Es interessiere, ob im Ausschuss bekannt sei, dass das Thema „Inklusionsstärkungsgesetz“ schon wieder auf der sogenannten Nuller-Tagesordnung des Plenums stehe, obwohl der Ältestenrat noch nicht wieder getagt habe.

Herr Preuß beziehe sich offenbar auf eine Vorlage für die Parlamentarischen Geschäftsführer zur Vorbereitung der Sitzung des Ältestenrates, stellt **Vorsitzender Günter Garbrecht** fest. Diese umfasse alle laufenden Gesetzgebungsverfahren unabhängig vom jeweiligen Verfahrensstand.

Sicher hätten alle Mitglieder des AGS-Ausschusses und nicht nur die regierungstragenden Fraktionen ein Interesse daran, über das Inklusionsstärkungsgesetz und die Änderungsanträge dazu gemeinsam inhaltlich-fachlich zu diskutieren und auch zu entscheiden. Unabhängig vom Votum des Ausschusses habe im Übrigen jede Fraktion das Recht, ihre Änderungsanträge auch plenar einzubringen.

Man verbleibe so, dass die CDU-Fraktion diese Frage noch einmal prüfe. Vielleicht lasse sich das noch positiv regeln und eine Beratung im Ausschuss am 1. Juni ermöglichen.

gez. Günter Garbrecht
Vorsitzender

17.08.2016/26.09.2016

160

